

wie nach den Motiven des in diese verwickelten ärztlichen und Pflegepersonals finden in Teil II Beachtung. Dirk Blasius rückt am konkreten Beispiel zweier bedeutender Psychiater die psychiatrische Forschung ins Blickfeld. Mit zwei unterschiedlichen Interpretationsversuchen der nationalsozialistischen Erbgesundheitspolitik schließt der Teil II: Klaus Dörners Interpretationsrahmen stellt die NS-Psychiatrie in den weiten Kontext einer Instrumentalisierung der »Irrenfrage« für die Lösung der »sozialen Frage« seit Beginn der Industrialisierung. Hans-Walter Schmuhs Deutungsversuch dagegen rollt die Erbgesundheitspolitik anhand des Herrschaftssystems des NS-Regimes auf und sieht in ihr die »ungesteuerte Dynamik« der Polykratie am Wirken.

Der Band zeigt eine Vielfalt unterschiedlicher Herangehensweisen an die Geschichte der Medizin im Nationalsozialismus. Daß die Autoren nicht auf gängige, die zeitgeschichtliche NS-Forschung bestimmende Fragestellungen eingeschworen worden sind, etwa die nach Kontinuitäten und Brüchen, mag manchen mit der Materie noch nicht so vertrauten Leser verwirren. Der rote Faden wird indes vom Herausgeber in seiner an innerer Geschlossenheit vorbildlichen Einführung gesponnen.

*Elke Hauschildt, Hamburg*

Markus Bernhardt, Gießener Professoren zwischen Drittem Reich und Bundesrepublik. Ein Beitrag zur hessischen Hochschulgeschichte 1945–1957, Verlag der Ferber'schen Universitätsbuchhandlung, Gießen 1990, 241 S., kart., 19,80 DM.

In den letzten Jahren sind zwar einige fundierte Studien zur Nachkriegszeit und zur Adenauer-Ära erschienen. Aber richtig erhellen wird sich diese Epoche erst dann, wenn man sich unterhalb zusammenfassender und verallgemeinernder Gesamtdarstellungen vermehrt in Detailstudien einzelnen Bereichen annimmt und sich verstärkt der Lokal- und Landesgeschichte widmet.

Eine solche Detailstudie liefert Markus Bernhardt mit seiner Dissertation »Gießener Professoren zwischen Drittem Reich und Bundesrepublik«. Sein Anspruch ist es, entgegen den zahlreichen Festschriften zur Universitätsgeschichte, eine empirisch-analytische Studie vorzulegen, »die am Beispiel der Professoren der Universität Gießen die institutionelle, die wissenschaftliche und besonders die soziale Problematik der Hochschulen in (West- und Bundes-) Deutschland zwischen 1945 und 1957 behandelt«. Einen wichtigen Bezugspunkt dafür bildet die Verstrickung der Professoren in den Nationalsozialismus, nicht nur im Hinblick auf die dann stattgefundene Entnazifizierung, sondern vor allen Dingen als überdeutlicher Ausdruck dafür, daß in der Zeitgeschichte der Universitäten, sowohl vor als auch nach dem »Dritten Reich«, die oft beschworene Autonomie eher ein Mythos denn Realität war. Da die Hochschulpolitik des Landes Hessen in dieser Zeit bislang unerforscht geblieben ist, kann der chronologische Teil von Bernhardts Studie als eine Pionierarbeit gelten, die anhand eines umfangreichen Quellenmaterials am Beispiel der Gießener Universität die Anfänge der Hochschulpolitik des Landes Hessen unter der Überwachung durch die amerikanische Militärregierung darlegt.

Obwohl der chronologische Teil quellenkritisch erarbeitet ist, verläßt Bernhardt just bei grundlegenden Aussagen den Pfad des Quellenstudiums und zieht zur Erklärung kulturpolitischer Entscheidungen biographische Gründe an den Haaren herbei, was man der Memoirenliteratur lächelnd zugesteht, nicht aber einer geschichtswissenschaftlichen Studie. Der Autor begründet nämlich die reservierte Haltung der Landesregierung gegenüber der Gießener Universität unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und die dann einsetzende staatliche Lenkung in Form der Nicht-Wiedereröffnung der Ludwigs-Universität und der im Mai 1946 erfolgten Eröffnung der Justus-Liebig-Hochschule für Bodenkultur und Vete-

rinärmedizin letztlich damit, daß die hessischen Kabinettsmitglieder die Hochschullehrer eher beargwöhnten. Denn »unter dem neuen Ministerpräsidenten, der selbst Tabakarbeiter und Gewerkschaftsfunktionär war, erhielt das sozialistische und damit auch etatistische Element in der Politik starken Auftrieb, wodurch in Hessen der Grundstein zum »roten Modellstaat« gelegt wurde. Das »bildungsbürgerliche Element« war in der neuen Landesregierung unterrepräsentiert.«

Merkwürdig muß in diesem Zusammenhang erscheinen, daß dieses vermeintliche Proletenkabinett die anderen hessischen Universitäten wiedereröffnete und nur in Gießen der sozialistische Argwohn zur Reduzierung der ehemaligen Universität führte. Offensichtlich erliegt hier der Autor einem lokalen Universitätspatriotismus, indem er sich die Haltung der damaligen Universität zu eigen macht und darüber vergißt, die Entscheidungszusammenhänge der Landesregierung gründlicher zu erforschen. Vermutlich hätte der Autor dann feststellen können, daß die staatliche Maßnahme nicht durch den biographischen Status des Ministerpräsidenten bedingt war, sondern, wie auch bei anderen kulturpolitischen Entscheidungen, in der Anfangsphase Sachzwänge maßgeblich waren. Der Staatshaushalt ermöglichte es eben nicht, nach der Neukonstitution des Landes Hessen alle Universitäten in der alten Form weiterzuführen. Daß dem Gießen zum Opfer fiel, mag auch nicht weiter verwundern, schließlich befindet sich ein paar Kilometer entfernt die von Kriegszerstörungen verschonte altehrwürdige Philipps-Universität in Marburg.

Genauso tendenziös nimmt sich Bernhards Beurteilung der Entnazifizierung an der Gießener Hochschule aus. Während in der Geschichtsforschung immer wieder die laxe Handhabung der Entnazifizierung in den westlichen Zonen kritisiert wurde, findet sich hier die in Hessen (besonders im Bereich des Kultusministeriums) rigoros durchgeführte politische Säuberung gebrandmarkt als Eingriff in die Autonomie der Universitäten. Schuld sein soll der Umstand, daß das neue Land Hessen keine Tradition besaß und außerdem die Landesregierung hauptsächlich von Nicht-Hessen besetzt war, weswegen man sich hier im Gegensatz zu Bayern bereitwillig den Forderungen der amerikanischen Militärregierung fügte. Daß man im Hessischen Kultusministerium der staatspolitischen Verantwortung Rechnung trug, gerade im Bildungsbereich zur demokratischen Erziehung der Jugendlichen geeignete demokratische Kräfte zu finden, die nicht in den Nationalsozialismus verstrickt waren, auf diese Idee kommt der Autor nicht, was möglich gewesen wäre, hätte er sich die Referentenbesprechungen im Kultusministerium aus den Jahren 1946 bis 1950 angesehen. So wies der damalige Kultusminister Schramm in einer Referentenbesprechung vom 11. 10. 1946 darauf hin, daß die Universitäten die Tendenz walten ließen, Parteigenossen einzustellen und die von den Nazis entlassenen Professoren abzulehnen, weswegen das Kultusministerium Wiedereinstellungen selbst bei Entlastung durch die Spruchkammer nochmals überprüfen müßte. (HStA Wiesbaden, Abt. 504, Nr. 389).

Freilich muß man zugestehen, daß man von einer Universitätsgeschichte nicht verlangen kann, daß sie auch alle Akten des Kultusministeriums zur Hochschulpolitik erforscht, dann aber sollte man mit Beurteilungen hierüber vorsichtig sein und sich nicht damit behelfen, Argumente an den Haaren herbeizuziehen, die offensichtlich den Zweck verfolgen, eine ideologische Beurteilung Hessischer Nachkriegsgeschichte zu inaugrieren.

Der zweite Teil von »Gießener Professoren zwischen Drittem Reich und Bundesrepublik« ist eine auf statistischer Auswertung beruhende sozialgeschichtliche Analyse der Gießener Professoren, die vergleichend soziale Herkunft, Karrierestruktur und Beteiligung am Nationalsozialismus unter Berücksichtigung der Fakultätenzugehörigkeit analysiert. Im Hinblick auf die NS-Zugehörigkeit der Professoren ist hier ein Ergebnis der Analyse besonders interessant. Bernhardt kann nämlich anhand seiner statistischen Auswertung aufzeigen, daß es an der Gießener Universität eine Art »Drei-Klassen-Gesellschaft« gab, in der die Juristen auf der obersten Rangstufe plaziert waren, die Geistes- und Naturwissenschaftler die mittlere Position einnahmen, während die Veterinärmediziner und

Landwirte als Vertreter der »jungen Wissenschaften« auf der Prestigeskala ganz unten rangierten und erst über ihr Engagement in der NSDAP ihren Status aufwerten konnten. Des weiteren hat die Studie zum Ergebnis, daß die Karrierestruktur der Professoren sich im Lauf der Zeit dergestalt wandelte, daß nicht mehr so sehr die soziale Herkunft maßgeblich war, sondern die hochschulbezogene Qualifikation. Unbeschadet dieser aussagekräftigen empirisch-analytischen Ergebnisse weist die statistische Auswertung einen gravierenden Fehler auf. Anhand der sozialen Herkunft der Professoren wird nämlich die Schlußfolgerung gezogen, daß in Gießen um 1945 »die Tendenz zur verstärkten Kleinbürgerlichkeit« zu beobachten gewesen sei. Damit wird unterstellt, daß der soziale Status einer Person qua Geburt bestimmt ist. Dieser Rückfall in vormoderne Statusbestimmungen rächt sich dann auch in dem Moment, in dem der Autor verwundert feststellen muß, daß »der Neue Mittelstand, dem im allgemeinen eine relativ große Nähe zum Nationalsozialismus unterstellt wird, bei den Gießener Hochschullehrern« gar nicht in dem Maße die Mitgliedschaft in der NSDAP bestimmte, wie vermutet worden ist. Dazu läßt sich nur sagen, daß sich die Söhne eben nicht mit den Vätern identifizieren lassen.

Zweifelsohne muß man dem Autor glauben, daß sich kein Quellenmaterial auffinden ließ, um das soziale Engagement und die Betätigung der Professoren außerhalb der Universität zu erforschen. Aber genau das muß eine sozialgeschichtliche Studie über die Professoren zwischen Drittem Reich und Bundesrepublik zum Gegenstand haben. Die statistisch ausgewerteten Ergebnisse können dafür nur die Eckdaten liefern. Denn zu Recht weist der Autor im Nachwort darauf hin, daß man aus der bloßen Feststellung der Teilhabe eines Professors an der NSDAP nicht ermesen kann, welches persönliche Engagement er während des Dritten Reiches an den Tag gelegt hat. Allerdings geben die Spruchkammerakten ein wenig Aufschluß darüber, und die sind einsehbar. *Jochen Zulauf, Frankfurt/Main*

Norbert Frei/Hermann Kling (Hrsg.), *Der nationalsozialistische Krieg*, Campus Verlag, Frankfurt/Main etc. 1990, 312 S., geb., 38 DM.

Der Versuch einer zusammenfassenden Darstellung der wesentlichen Forschungsergebnisse über den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und die spezifisch nationalsozialistischen Elemente der deutschen Kriegführung und Besatzungspolitik ist angesichts der kaum überschaubaren Fülle von Veröffentlichungen zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges immer ein begrüßenswertes Unterfangen. Der vorliegende Band geht zurück auf ein internationales Symposium, das 1989 vom Institut für Zeitgeschichte und der Stadt Pforzheim aus Anlaß des 50. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges durchgeführt wurde. Das Buch – eine Zusammenfassung der im Verlauf dieser Tagung gehaltenen Beiträge – folgt hinsichtlich seiner Kapiteleinteilung den im Rahmen von jeweils vier halbtägigen Sektionen vorgegebenen Themenschwerpunkten. Im einzelnen geht es zunächst um die Klärung der Frage der Kriegsbejahung als typisch deutschem Phänomen, um den Krieg als Instrument nationalsozialistischer Weltanschauungspolitik und schließlich um die Bedeutung des besetzten und verbündeten Europa für die deutsche Kriegführung.

Die Herausgeber bieten mit dieser Schrift dank der sachkundigen in- und ausländischen Referenten – dies sei vorweg bemerkt – ein insgesamt sehr flüssiges, ja anregend zu lesendes und durch die Einbeziehung der Kommentare und Diskussionsbeiträge sehr lebendiges Oeuvre. Entsprechend der Anregung des Eröffnungsvortrages von Hermann Graml über die Notwendigkeit einer Beschäftigung mit den Faktoren, die Hitlers Krieg ermöglichten und begünstigten (S. 12), werden zunächst die außenpolitischen Verhaltensweisen und Einstellungen zum Krieg im europäischen Vergleich analysiert. Dabei befaßt sich Anthony Adamthwaite mit der pazifistischen Haltung der Regierungen in London und Paris in der